

Neue Wege für eine bessere LehrerInnenbildung - Den Wandel im Bildungssystem nutzen

Beschlossen auf dem Bundeskoordinierungstreffen vom 18.-20. Mai 2012 in Frankfurt

Unsere Bildungslandschaft ist im Wandel. Die Schulsysteme differenzieren sich, neue Schulformen werden erprobt sowie ältere langsam zu Grabe getragen. Außerdem müssen wir uns immer wieder der Diskussion stellen, welche Bedeutung (Schul-)Bildung für unsere Gesellschaft haben sollte und wozu sie befähigen soll. Damit geht die Diskussion einher, wie eine tiefgreifende Reform der LehrerInnenbildung und des zukünftigen Schulsystems für uns ausgestaltet sein soll.

Unser Leitgedanke: die Gemeinschaftsschule für alle

Wir treten für ein Bildungssystem ein, in dem Chancengleichheit das höchste Gebot ist und in dem jedeR die eigenen Fähigkeiten entfalten kann. In unseren Augen verfolgt dieses Konzept nur eine Schule für alle: die inklusive Gemeinschaftsschule¹. In dem momentan höchst selektiven Schulsystem werden viele SchülerInnen, vor allem solche mit nicht-akademischem Hintergrund, systematisch diskriminiert². Wir aber wollen eine tatsächliche Chancengleichheit erreichen. Das kann nur durch individuelle Förderung und ein Lernen fernab von stetigem Wettbewerbsdruck gelingen, der sowohl in den Klassenzimmern als auch zwischen den Bundesländern stattfindet. Schulen müssen neu gedacht, ihre Strukturen geöffnet und Unterricht individueller gestaltet werden. Diese Idee von einer autarken und demokratisch organisierten Schule mit erweiterten Kompetenzen stellt unsere Grundlage für eine Reform der LehrerInnenbildung dar.

Wer Bildung neu denkt, der muss auch das Studium der zukünftigen LehrerInnen neu denken.

LehrerInnen brauchen eine wissenschaftliche Ausbildung

Das Studium von Lehramtsstudierenden beinhaltet vielfältige Wissenschaftsdisziplinen: Fachwissenschaften, Pädagogik, Psychologie und Fachdidaktiken bilden die Grundlagen. Die wissenschaftliche Ausbildung von LehrerInnen muss erhalten bleiben, jedoch interdisziplinärer ausgestaltet werden. Das bedeutet, dass sowohl die Fachwissenschaften, aber genauso auch die dazugehörigen Fachdidaktiken, Pädagogik und Psychologie Teil eines Lehramtsstudiums und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung in diesem Studium sein

¹ Siehe Mehr Chancengleichheit - Eine Schule für alle. Beschlossen auf dem BKT in Heidelberg 2009

² Dazu u.a.: „Soziale Ungleichheit in schulischer und außerschulischer Bildung“ von H. Slogan und R. Dombrowski im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, 2009

müssen. Das Studium soll die AbsolventInnen dazu qualifizieren, auch nach dem Verlassen der Hochschule weiterhin im wissenschaftlichen Diskurs zu stehen und so Erkenntnisse aus der Wissenschaft leichter in die praktische Arbeit an Schulen übernehmen zu können. Sowohl neue Erkenntnisse in den Fachwissenschaften als auch der jeweiligen Didaktik, der Pädagogik und der Psychologie müssen an den Schulen Anwendungen finden. Dafür muss das Personal die grundlegende wissenschaftliche Ausbildung über ein Fachgebiet hinaus erhalten haben. Aus diesem Grund wollen wir die LehrerInnenbildung nicht an Pädagogische Hochschulen auslagern. An den PHs wird nicht umfassend in den jeweiligen Fachwissenschaften geforscht, da die Spezialisierung auf der Pädagogik liegt. Das Studium der Fachwissenschaften wird dort zur Faktenvermittlung, die unseren Ansprüchen einer kritischen Wissenschaft nicht gerecht wird. Wissenschaftlichkeit, also die Einheit von Forschung und Lehre, wird in diesen Bereichen an der PHs nicht geleistet. Auch der transdisziplinäre Blick auf Probleme bleibt verwehrt oder ist verengt auf pädagogische Fragestellungen. Die Auflösung bestehender PHs muss mit einem Übergang in den allgemeinen Hochschulbetrieb einhergehen, so dass bestehende Infrastruktur der Wissenschaft erhalten bleibt. Die zweckmäßige Art und Weise dieses Übergangs ist bei jeder einzelnen PH vor Ort zu entscheiden.

Ein Bekenntnis zu Bachelor und Master in der LehrerInnenbildung

Wir Juso-Hochschulgruppen haben uns zuletzt auf dem BKT in Göttingen 2009 klar zum Bachelor-Master-System für alle Studiengänge ausgesprochen³. Auch die LehrerInnenbildung muss vollständig und durchdacht in das neue System integriert werden. Durch die europäisierten Abschlüsse können sich für AbsolventInnen eines Studiums der LehrerInnenbildung auch neue Berufs- und Arbeitsfelder sowie neue Perspektiven öffnen. Daher treten wir für die Einführung von Bachelor of Education (B.Ed.) und Master of Education (M.Ed.) als Regelabschlüsse ein. Dabei treten wir weiterhin explizit für einen Master-Rechtsanspruch ein.

Die Umstellung ist dabei nur sinnvoll, wenn AbsolventInnen eines B.Ed. mit ihrem Abschluss auch eine Chance haben, einen Beruf zu ergreifen. Ihr Studium muss daher klare Grundlagen in den Fachwissenschaften vermitteln und einen Schwerpunkt auf Fachdidaktiken und Erziehungswissenschaften legen.

Bachelor-AbsolventInnen können somit nach ihrem Abschluss die Arbeit an Schulen als PädagogInnen unterstützen. In zunehmend offenen und selbst-organisierten Schul-Modellen braucht es zusätzliches qualifiziertes Personal, um die SchülerInnen individuell zu unterstützen. Ihr Einsatz darf jedoch nicht zu Einsparungen bei den LehrerInnen mit altem

³Bologna 2020- Klare Kurskorrektur jetzt! Beschlossen auf dem BKT 2009 in Göttingen

Staatsexamen oder Master of Education führen. Außerdem muss es für alle Interessierten ausreichend Studienplätze für den Master of Education geben, damit AbsolventInnen mit einem Bachelor of Education nicht zu LehrerInnen zweiter Klasse werden.

Der LehrerInnen-Beruf sollte auch weiterhin erst durch einen Master-Abschluss zugänglich werden. Für dieses Berufsbild stehen vor allem die Bildungsplanung und die Entwicklung individueller Förderkonzepte im Mittelpunkt. Curricula an Schulen werden zunehmend individualisiert aufgestellt, was einer stärker wissenschaftlichen ausgerichteten (Aus-)Bildung bedarf. Besonders an Gemeinschaftsschulen müssen Herausforderungen der Binnendifferenzierung bei der Unterrichtsplanung und Durchführung berücksichtigt werden. Der M.Ed. muss daher neben den fachwissenschaftlichen Inhalten vor allem curricularwissenschaftliche Grundlagen vermitteln.

Die staatliche Anerkennung

AbsolventInnen des Bachelor oder des Master of Education sollten mit ihrem Abschluss viele Berufsfelder offenstehen. Wenn sie in den Staatsdienst eintreten wollen, sollten sie ihre Befähigung, ggf. lebenslang als LehrerInnen tätig werden zu können, auch weiterhin mit einer staatlichen Anerkennung nachweisen müssen. Denn die Arbeit von LehrerInnen, die Bildung junger Menschen und der zukünftigen Generation ist von elementarer Bedeutung für die Gesellschaft. LehrerInnen handeln im gesellschaftlichen Auftrag und sollen dazu im Studium qualifiziert werden. Eine staatliche Anerkennung kann sicherstellen, dass Lehrkräfte auf den Schuldienst und die Arbeit mit SchülerInnen ausreichend vorbereitet sind. Eine staatliche Anerkennung impliziert jedoch keinesfalls eine politisch-ideologisch motivierte Kontrolle und Einflussnahme seitens staatlicher Behörden auf den Zugang zum Schuldienst.

Das Ende der starren Fächerkultur

In progressiven Schulreformvorschlägen⁴ wird meist eine Überwindung des Fächerlernens angestrebt und an immer mehr Schulen werden solche Ansätze auch bereits praktiziert. Das unterstützen wir. Schulen müssen aufhören, Wissen zwanghaft in Fächer zu unterteilen und zu vermitteln. Probleme machen in der Regel nicht an Fächergrenzen halt und oft bereichern transdisziplinäre Herangehensweisen Lern- und Diskussionsprozesse. Wir brauchen daher mehr fächerübergreifenden Unterricht und Lernen fernab von eingeeigneten Fächerstrukturen. Nur so können vielfältige Fähig- und Fertigkeiten sowie übergreifendes

⁴So etwa bei Hartmut von Hentig oder Berthold Otto

Wissen entwickelt werden. Daher wollen wir auch die starren Strukturen der LehrerInnenbildung in Fächerstrukturen beenden.

Zukünftige LehrerInnen erhalten eine breite wissenschaftliche Bildung und spezialisieren sich in der fachwissenschaftlichen Ausbildung nur auf Wissenschaftsfelder wie Natur-, Sprach oder Gesellschaftswissenschaften. Eine Schwerpunktbildung innerhalb eines Feldes ist dennoch möglich.

Ende der Altersstufentrennung und ein Lehramt für alle

Wir wollen neben der LehrerInnenbildung auch Schule neu denken. Wir sind der Meinung, dass die starre Struktur der Klassentrennung nach Alter und die Aufteilung in verschiedene Schulformen ein Ende finden muss. SchülerInnen sollen nicht getrennt voneinander in vermeintlich homogenen Gruppen unterrichtet werden, sondern sich durchmischen und gegenseitig unterstützen. In altersheterogenen Gruppen können die SchülerInnen besser voneinander lernen und üben gleichzeitig sich besser, sich in heterogenen Gruppen zu organisieren. Damit einher geht auch unser Bekenntnis zur Gemeinschaftsschule und dem Ziel der Chancengleichheit.

Wir setzen uns für ein Lehramt für alle ein. Im heutigen System werden die LehrerInnen für unterschiedliche Schulformen unterschiedlich ausgebildet und vergütet. Das muss ein Ende haben. Eine Schule für alle bedeutet auch, dass die LehrerInnen AnsprechpartnerInnen für alle SchülerInnen sind. Besonders die Abwertung von GrundschullehrerInnen kann so endlich ein Ende finden.

Menschen entwickeln sich unterschiedlich und jede Phase der Entwicklung bedarf individueller pädagogischer Betreuung. Daher wollen wir, dass sich zukünftige LehrerInnen in ihrem Studium zusätzlich auf einzelne Altersphasen spezialisieren. Altersübergreifender Unterricht stellt eine weitere große Herausforderung für zukünftige LehrerInnen dar, darauf muss eine neue LehrerInnenbildung vorbereiten.

Mehr Praxis von Anfang an

Das Lehramtsstudium ist immer noch zu weit von der Praxis entfernt. Das muss sich ändern. Wir wollen, dass LehrerInnen ihr erworbenes Wissen frühzeitig in Praxisphasen an Schulen anwenden und so auch erproben und evaluieren können. Die Praxisphasen sollten sich verstärkt an den jeweiligen Inhalten des Studiums orientieren. So können die Inhalte auch kritisch reflektiert und angewendet werden. Um eigene Fähigkeiten sowie das eigene Selbstempfinden zu testen und Gelerntes selbst zu überprüfen soll es unter anderem ein ganzes Praxissemester geben, das wissenschaftlich begleitet wird und Raum für intensive Selbstreflexion bietet. Das Praxissemester wird durch spezifische Seminare und Gruppentreffen begleitet.

Das Referendariat als Praxisausbildung wird durch die Verzahnung von Theorie und Praxis im Studium überflüssig. Die bisher getrennten Ausbildungsteile werden aufeinander abgestimmt. So soll auch der häufig einsetzende Praxisschock nach Abschluss des Studiums verhindert werden.

Zum besseren Einstieg in den Beruf soll eine zweijährige begleitete Berufseinstiegsphase etabliert werden. In dieser Phase müssen die neuen LehrerInnen noch nicht im vollen Stundendeputat arbeiten. Dadurch soll der vielfachen Überlastung von ReferendarInnen und Jung-LehrerInnen vorgebeugt werden. Zudem werden erfahrene LehrerInnen als MentorInnen für die Jung-LehrerInnen zur Verfügung gestellt. Der zeitliche Aufwand der MentorInnen muss durch eine Reduzierung des Stunden-Deputats ausgeglichen werden. Die Eingangsphase soll einen erleichterten und phasenweisen Einstieg ins Berufsleben ermöglichen.

Unterstützung für aktive Lehrerinnen und Lehrer

Lehrerbildung hört nicht mit dem Studium auf. Es ist erwiesen, dass die Inhalte von Fortbildungen einen deutlich höheren Einfluss auf aktive LehrerInnen haben, als Seminare im Lehramtsstudium. Daher ist es unerlässlich, auch das LehrerInnenfortbildungssystem zu verändern. Wir wünschen uns deshalb regelmäßige verpflichtende Fortbildungen, die sich explizit auf die Förderung und Forderung innerhalb von heterogenen Lerngruppen beziehen.

Neben der Unterstützung durch Fortbildungen in Bezug auf Binnendifferenzierung sehen wir eine hohe Notwendigkeit, Lehrerinnen und Lehrer psychologisch zu unterstützen. Die Anforderungen, die Eltern und Gesellschaft an die Lehrerinnen und Lehrer stellen, sind in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen und mittlerweile oft nicht mehr zu bewältigen. Dem drohendem Burnout bei vielen engagierten Lehrerinnen und Lehrern kann nicht nur durch mehr Personal und multi-professionelle Teams an Schulen entgegengewirkt werden, sondern auch durch gezielte langfristig begleitende Coaching-Angebote und entsprechende Fortbildungen. Desweiteren können Lehrerinnen und Lehrer gezielt auf Treffen vernetzt werden und mit einer (im Gegensatz zu Webseiten wie 4teachers) professionell angelegten und moderierten Datenbank zum Teilen von Erfahrungen und Unterrichtsmaterialien unterstützt werden. Hier können auch gezielt unterstützende Materialien für binnendifferenzierte und offene Lernformen veröffentlicht werden.

Bundesweite Grundsätze

Die LehrerInnenbildung ist entsprechend der Bildungszuständigkeit der Länder föderal organisiert und von Land zu Land sehr unterschiedlich. Zu den sechzehn Bildungssystemen

kommen jeweils unterschiedliche Hochschul- und Abschlussysteme dazu. Dieses Chaos in der LehrerInnenbildung muss endlich ein Ende finden. Dafür kann ein bundesweites Gesetz, das den strukturellen Rahmen der LehrerInnenbildung vorgibt, hilfreich sein. Darin sollen die Abschlussformen, die Praxisorientierung, die Berufseinstiegsphase und die staatliche Anerkennung grundlegend geregelt sein. Landesspezifische Spezialisierungen sind im Rahmen des Bildungsföderalismus sinnvoll, dürfen aber der Transparenz und Mobilität der AbsolventInnen nicht im Weg stehen.

Inklusion - Sonderschulpädagogik in der LehrerInnenbildung integrieren

Die Inklusion an den Schulen muss mit dem Recht aller auf Teilhabe am allgemeinen Unterricht verwirklicht werden. Teilweise wird sie auch bereits umgesetzt, unter anderem werden Sonderschulen geschlossen oder sollen geschlossen werden. Damit einher geht aber auch ein spezieller Lehrauftrag an die LehrerInnen: diese müssen sich auf die SchülerInnen der Sonderschulen einstellen, doch da fehlt es an Sonderschulpädagogik, die in der allgemeinen LehrerInnenbildung nicht berücksichtigt wird. Das Studium soll dazu qualifizieren, auch mit allen SchülerInnen entsprechend umgehen zu können, dazu muss die Sonderschulpädagogik in sämtliche Lehrangebote für das Lehramt aufgenommen werden. Alle LehrerInnen werden entsprechende SchülerInnen in Zukunft in den Unterrichtsklassen haben und müssen dafür ausreichend geschult werden.

Weiterhin muss auch eine Weiterbildung bzw. eine Schulung von bereits vorhandenem Lehrpersonal vorgenommen werden. LehrerInnen, die schon jetzt die Inklusion gestalten und erfahren, müssen auf die neuen Herausforderungen, die ihnen auferlegt werden, entsprechend im sonderschulpädagogischen Bereich vorbereitet werden.

Berufliche Bildung

Zum Schulsystem gehört auch die berufliche Bildung. Sie ist bisher nicht in das Konzept der Gemeinschaftsschule integriert. Die beruflichen Schulen sind Teil beruflichen Bildungssystems und haben eine andere Ausrichtung als allgemeinbildende Schulen. Doch auch die LehrerInnenbildung für berufliche Schulen braucht dringend eine Reform. Diese sollte die Spezifika des beruflichen Bildungssystems berücksichtigen.

Promotionsmöglichkeiten stärken

Nach der abschließenden Praxisphase der Lehramtsausbildung müssen weitere akademische Fortbildungen sichergestellt und gefördert werden. Wir fordern Promotionsstellen für LehrerInnen, um die Trennung zwischen Schule und Universität aufzulösen und die Fachdidaktiken an den Universitäten zu stärken. Nur durch das Sicherstellen von

Promotionsstellen für LehrerInnen ist es zudem möglich, die Fachdidaktik-Professuren an den Universitäten in Zukunft praxisnah zu besetzen und somit eine qualitativ hochwertige Lehramtsausbildung sicherzustellen.

Mit unseren Reformvorstellungen wollen wir den Gedanken einer neuen inklusiven Schule auch in die LehrerInnenbildung übertragen und gleichzeitig Verbesserungsansätze für das aktuelle System entwickeln. Wer Schule neu denken will, der darf die LehrerInnenbildung nicht unberücksichtigt lassen. Eine Schule für Alle wird auch LehrerInnen für Alle benötigen.